

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

An den Vorsitzenden
des Jugendhilfeausschusses
Dr. Ralf Heinen

Rathaus · 50667 Köln
Fon 0221. 221-23830
Fax 0221. 221-23833
fdp-fraktion@stadt-koeln.de
www.fdp-koeln.de

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 29.08.2019

AN/1093/2019

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Jugendhilfeausschuss	17.09.2019

Loveboys

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender,

die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln bittet Sie folgende Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses zu setzen.

Durch die Berichterstattungen zu den aktuellen Strafprozessen um Zwangsprostitution in Wuppertal wird deutlich, dass von einem erhöhten Aufkommen als auch von einer hohen Dunkelziffer von sogenannten „Loveboy“-Fällen in Nordrhein Westfalen auszugehen ist. Loveboys sind junge Männer, die gezielt nach minderjährigen Mädchen suchen, sie manipulieren, gefügig machen und sie dann zur Prostitution zwingen. Loveboys sprechen von der großen Liebe, machen großzügige Geschenke, schleichen sich in den Freundeskreis ein und suchen sich ihre Opfer vor Schulen, in der Nähe von Jugendtreffs oder im Internetchat.

Die Landtagsfraktionen der FDP und CDU haben Anfang Juli eine Anhörung zur „Loveboy-Methode“ beantragt, um Präventionsmaßnahmen zu entwickeln. Ein erster Beitrag zur Aufklärung ist bereits im März 2019 vom Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes NRW in Form eines Videos erstellt worden. Link zum Video:
<https://www.facebook.com/MHKBG.NRW/videos/vb.1392645197500577/314620309198326/?type=2&theater>

Wir bitten daher die Verwaltung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Inwieweit sind der Verwaltung Fälle oder Anzeichen der „Loveboy-Methode“ in Köln bekannt?
2. Inwieweit sind die Mitarbeiter des ASD/GSD, Träger der freien Jugendhilfe, Jugendverbände etc. bereits im Umgang mit der „Loveboy-Methode“ sensibilisiert?
3. Inwieweit gibt es auf kommunaler Ebene bereits Präventionskonzepte oder sogar bestehende Projekte (z.B. Beratungsstelle für Opfer und Angehörige, auch innerhalb

bestehender Einrichtungen) an welche sich Opfer und deren Familien der sog. „Lo-verboy-Methode“ wenden können?

4. Besteht ein Austausch der Stadt mit Polizei und Staatsanwaltschaft vor Ort und sieht die Verwaltung Möglichkeiten für eine stärkere Vernetzung zur Thematik? Besteht insbesondere eine Koordinierung hinsichtlich des Umgangs mit (potenziellen) Opfern?
5. Inwieweit beabsichtigt die Stadt Köln die Aufklärungsarbeit des Landes in den Internetauftritt der Stadt Köln und die KölnApp zu integrieren?

Mit freundlichen Grüßen

gez. Ulrich Breite
Fraktionsgeschäftsführer

Sylvia Laufenberg
Jugendpolitische Sprecherin